



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 145 (1934)

9 (6.1.1934) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-237546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-237546)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Veröffentlichungsweg: Täglich 2mal außer Sonntag. Bezugspreise:
Bei Haus monatlich 2,00 RM. und 60 Pf. Trägerlohn. In anderen
Vertriebsstellen abgeholt 2,25 RM., durch die Post 2,70 RM. einchl.
50 Pf. Vorkauf. Hierzu 75 Pf. Beleggeld. Abholstellen: Stadt-
hofstr. 12. Kronprinzenstr. 49. Schwaninger Str. 44. Merckstr. 12.
No. Friedrichstraße 4. W. C. Pöppel Str. 6. So. Fiedlerstr. 20.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. Fernsprecher: Sammelnummer 249 51
Postfach-Konto: Karlsruhe Nummer 175 90 - Telephon: Rema Zeit Mannheim

Anzeigenpreise: 25 mm breite Zeilenmeterzeit 2,50, 75 mm breite
Kleinzeilenmeterzeit 3,00, für im Voraus zu bezahlende Familien-
n. Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Zahlungsbefreiung,
Bergleichen oder Zahlungsverzug wird keinerlei Nachschuß gewährt.
Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen
Plätzen u. für fernmündlich erteilte Aufträge. Verlagsband Mannheim

Mittag-Ausgabe

Samstag, 6. Januar 1934

145. Jahrgang - Nr. 9

Die dreifache Aufgabe der deutschen Finanzpolitik

Gesunde Entwicklungslinie

Meldung des D.R.B.

Berlin, 6. Januar.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk befaßt sich in der neuesten Ausgabe des „Deutschen Volkswirts“ mit den Aufgaben der Finanzpolitik. Eingangs weist der Verfasser auf den Rückgang der Arbeitslosenquote im abgelaufenen Jahre hin und fährt dann fort:

„Die Gewähr des Rückgangs der Arbeitslosigkeit ergibt sich aus einer fühlbaren finanziellen Entlastung.“

Während wir noch im Frühjahr mit einem Fehlbetrag in der gesamten Arbeitslosenfürsorge von erheblich über einer halben Milliarde Mark rechnen mußten und nur hoffen konnten, diesen Fehlbetrag durch die verschiedenen in Aussicht genommenen Maßnahmen der Reichsregierung und die hieraus erwartete Minderung der Arbeitslosigkeit zu senken, ist nach dem gegenwärtigen Stand nur noch mit einem Fehlbetrag von höchstens 150 Millionen Mark zu rechnen; die Erwartungen des Frühjahrs haben sich also in vollem Umfang erfüllt.

Das Produktionsvolumen der Industrie hat sich zum rund 12. v. H. gegen 1932 erhöht. Auf neuerliche Zeile zeigt sich etwa das gleiche Ergebnis bei der die Bewegung des Wirtschaftslebens am schnellsten widerspiegelnden Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer brachte im Jahre 1932 1930 Millionen; wir haben sie für 1933 auf 1900 Millionen geschätzt. Das tatsächliche Aufkommen des ersten Halbjahres mit rund 750 Millionen zeigt, daß die Schätzung richtig war, und daß das Gesamtanfall im Jahre 1933 das Soll sicherlich erreichen wird. Wenn auch das Aufkommen bei einzelnen Verbrauchssteuern und vor allem bei den Zöllen unsere Schätzungen nicht voll erreicht hat, so kann doch erfreulicherweise festgestellt werden.

„daß zum erstenmal seit vielen Jahren das Gesamtanfall aus Steuern und Abgaben im Reich sich im Rahmen unserer Schätzungen hält und bei Abschluß des Jahres 1933 das im Etat eingelegte Soll im großen und ganzen erreicht wird.“

Wodurch ist das glückliche Ergebnis des Jahres 1933 erreicht worden? Der erste und wichtigste Grund liegt darin, daß durch die Übernahme der politischen Leitung durch den Reichspräsidenten Hindenburg erst die Grundlage der politischen Stabilität und des Vertrauens geschaffen worden ist, auf der allein eine dauernde Beseitigung der Wirtschaft erreicht werden kann. Nebenbei man die große Zahl der einzelnen Maßnahmen der letzten Regierung, so zeigt sich, daß sie alle in einem inneren Zusammenhang stehen und nicht auseinander zu lösende Teile eines großen zusammenfassenden Planes sind.

Es ist eine mühsame Aufgabe, zu erklären, inwieweit die tatsächlich eingetretene Besserung lediglich auf die tatsächliche Arbeitsbeschaffung zurückzuführen ist. Sicherlich hat sie einen wesentlichen Anteil gegeben.

Aber die Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms allein reicht nicht aus, um die tatsächlich eingetretene Besserung der Verhältnisse zu erklären, zumal da bisher nur ein Teil dieses Programms verwirklicht worden ist und sich in Ausläufer und Lücken umgewandelt hat. Wir haben also hier noch eine Reihe, die bis weit in das Jahr 1934 hineinreichen wird.

Wir können vor allen Dingen aber mit den weitreichenden mittelbaren Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms rechnen, die sich zahlenmäßig schwer erfassen lassen. In diesen mittelbaren Wirkungen liegt vielleicht der wichtigste Anteil, den die tatsächliche Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft geben soll und kann.

Die Vorausbelastung des Reichshaushalts in den nächsten fünf Jahren und Steuererwartungen und den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogrammen ist keine geringe. Sie beträgt rd. vier Milliarden RM., die sich auf fünf Jahre verteilen. Dazu kommt der Fehlbetrag der vergangenen Jahre mit rd. 1,0 RM., der sich im laufenden Staatshaushalt noch steigern wird. Denn wenn auch der Reichshaushalt bis zum November in Einnahmen und Ausgaben mit einem Plus abgeschlossen ist und auf der Einnahmenseite ein Ausfall nicht zu befürchten ist, so wird doch, insbesondere durch die im Laufe des Jahres ausstehenden Zuschüsse für die Hausreparaturen und andere bisher im Etat nicht vorgesehene Ausgaben, ein gewisser Fehlbetrag eintreten. Ob dieser Gesamtbetrag in Betrag eintreten. Ob dieser Gesamtbetrag in den kommenden fünf Jahren auf laufenden Einnahmen abgedeckt werden kann, ob ein Teil in eine langfristige Anleihe umgewandelt werden kann, das hängt allein von der Entwicklung der Wirtschaft und von der Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes ab.

Der Unglückschacht Nelson III



Der zerstörte Förderstreck

Ministerrat über das Duxer Bergwerksunglück

Meldung des D.R.B.

Prag, 5. Jan.

Der von Ministerpräsident Rákos-Beir einberufene außerordentliche Ministerrat beschäftigte sich am Freitag eingehend mit den Hilfsaktionen auf der Grube Nelson und erörterte die Fragen, die mit der Klärung der Ursache der Katastrophe zusammenhängen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten wird neben den normalen Inspektionen eine Sonderinspektion zur Prüfung sämtlicher Gruben anordnen. Der Ministerrat beschloß ferner, im Parlament die Beratungen über die von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzungen des allgemeinen Bergbaugesetzes beschleunigt wieder aufzunehmen und zu beenden.

deffen Pflege auch unter diesem Gesichtspunkt eine besondere Bedeutung gewinnt.

Im neuen Jahr wird sich die zusätzliche Arbeitsbeschaffung im wesentlichen auf die Fortführung des großen Werkes der Reichsanstalten beschränken können. Die Hauptaufgabe der Finanzpolitik wird darin bestehen, das Ziel der Beseitigung der Wirtschaft aus der Krisenentwicklung weiter zu verfolgen. Der Weg zu diesem Ziel führt über eine allmähliche Entlastung des einzelnen Unternehmers wie der großen Massen von überhöhten Löhnen, die seit dem Kriege durch eine falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik dem deutschen Volk aufgebürdet worden sind. Wieder zu einer gesunden Kapitalbildung zu kommen und die im deutschen Kapital liegenden gewaltigen Reserven an Kraft und Arbeit wieder freizumachen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die uns gestellt sind.

Insbesondere wird angestrebt werden müssen, durch eine Beseitigung der hohen Belastung, die in Form von Steuern, sozialen Löhnen und sonstigen Abgaben auf dem Arbeitseinkommen der großen Massen ruht.

Insbesondere wird angestrebt werden müssen, durch eine Beseitigung der hohen Belastung, die in Form von Steuern, sozialen Löhnen und sonstigen Abgaben auf dem Arbeitseinkommen der großen Massen ruht.

Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, hat dem Außenminister Dr. Brüning den Betrag von 1000 Kronen für die Opfer der Katastrophe übergeben.

Die Erregung der Duxer Bevölkerung ist außerordentlich gemäßigter, vor allem nachdem feststeht, daß man nicht einmal die Leichen der Opfer wird bergen können. Es kann Wochen oder Monate dauern, bis hinter den gestrigen Nacht ereigneten Mauer die Gräber eröffnet sein werden.

Die Bergarbeitergewerkschaften fordern die Verhaftung der Kohlengruben, indem sie darauf verweisen, daß die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse die sofortige Friedung des Staatsbetriebs vom Jahre 1932 über die Zwangsverwaltung der Gruben erfordern. Diese Forderung soll dem Ministerpräsidenten und dem Minister für öffentliche Arbeiten unterbreitet werden.

einem beschränkten Rahmen bestimmte notwendige Ziele erreichen. Die Berücksichtigung der Bevölkerungspolitischen Grundzüge, die im vergangenen Jahre in der Gesundheitsfrage eine erste Regelung gefunden haben, wird eine wichtige Rolle bei der

Steuerefform
Die technische Vereinfachung durch verkündliche Festlegung der Güter und durch Zusammenfassung der aus allen Reichs-, Landes- und Gemeinde-Steueren sich ergebenden Pflichten der Steuererklärung und -zahlung wird eine weitere wesentliche Aufgabe sein. Bei der dritten Aufgabe, einen allmählichen Abbau, insbesondere der in den Krisen-jahren neu geschaffenen zusätzlichen Belastungen, einzutreten zu lassen, werden sich die vorhin gekennzeichneten Grenzen am schärfsten bemerkbar machen; hier liegt die wesentliche Schwierigkeit für die im neuen Jahre zu treffende Entscheidung.

Man muß sich über eines klar sein, daß nicht alle Hemmnisse mit einem Schlage beseitigt werden können, daß das Aufheben des Schutzes vergangener Jahre und der Neu-aufbau einer gesunden Wirtschaft und gesunder öffentlicher Finanzen nur allmählich erfolgen kann.

Dies aber nach einem einheitlichen, auf lange Zeit festgelegten Plan, ohne Behinderung durch parlamentarische Einflüsse, ohne Rücksicht auf einseitige Interessen, lediglich unter dem Gesichtspunkt des Wohles der Gesamtheit vor sich gehen kann und wird, das ist die durch die Regierung Adolf Hitler gegebene feste Garantie für den Erfolg des Aufbaues.

Europas Störungsherd

Meldung des D.R.B.

Berlin, 5. Januar.

Unter der Überschrift „Die Pariser Politik als europäischer Störungsherd“ beschäftigt sich der „Politische Beobachter“ mit der Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage. Das Blatt weist auf die Ausrufung des „Temps“ hin, daß allein Frankreich ehrlich und wirksam für die Abrüstungskämpfe und nennt dies die „paradoxe Wendung“, die Frankreich für seine gegen die Abrüstung gerichtete Politik gefunden habe.

Frankreich sei immer das große Hindernis der Abrüstung gewesen. Alle vorläufigen Vorschläge seien am französischen Widerstand gescheitert.

Wenn Frankreich seine Absichten ändere, so sagt das Blatt weiter und die Abrüstungsmaßnahmen, die es in voller Form für eine spätere Zeit in Aussicht stellt, sofort durchführen würde, so würde das die Situation grundlegend ändern. Niemand könne sich mehr darüber freuen als Deutschland. Wenn Frankreich im gegenwärtigen Stadium etwas für die Abrüstung tun wollte, so müßte es endlich sagen, was es nun eigentlich abdrücken wolle. Der Unterschied zwischen dem, was Frankreich an deutscher Abrüstungsüberprüfung ausüben will und was Deutschland fordert, besteht in erster Linie darin, daß Frankreich erst nach vier Jahren und nach einer entsprechenden einseitigen Abrüstungskontrolle Deutschlands die deutsche Abrüstungsüberprüfung durchführen will, während Deutschland sie sofort fordert. Warum muß überhaupt von deutscher Abrüstungsüberprüfung gesprochen werden? Doch nur, weil

Frankreich sich weigert, auf das Verbot der Abrüstung zu verzichten, auf dem Deutschland zu bleiben bereit wäre, wenn es auch von Frankreich als Maßstab einer internationalen Abrüstung anerkannt würde.

So entspringen die gegenwärtigen Schwierigkeiten alle aus dem Nichtabdrückswillen Frankreichs.

Deutschland an erster Stelle!

Bericht des Internationalen Arbeitsamtes über den Rückgang der Arbeitslosigkeit

Genf, 5. Jan.

Aus der am Freitag veröffentlichten Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes für das letzte Vierteljahr 1933 geht hervor, daß sich die Lage auf dem internationalen Arbeitsmarkt weiter gebessert hat. Vergleich mit der gleichen Zeit des Vorjahres ist in 20 Staaten ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. In erster Stelle steht dabei Deutschland.

Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit in Norwegen, Ungarn, Neuseeland, Palästina, Polen und der Tschechoslowakei. Auch in der Schweiz ist die Arbeitslosenquote von 1932/33 im Dezember 1932 auf 187 137 im Dezember 1933 gesunken.

Vor dem Abschluß eines Balkanpaktes

Meldung des D.R.B.

Kom, 6. Januar.

Von glaubwürdiger Seite verlautet, daß der Abschluß eines Balkanpaktes zwischen der Türkei, Griechenland, Südbulgarien und Rumänien mit Sicherheit zu erwarten sei. Der Beitritt sei der bulgarischen Regierung offeriert worden, vorausgesetzt, daß sie den Status quo anerkenne. Der Pakt richtet sich also gegen die Revisionsansprüche Bulgariens.

Die Unterzeichnung des griechischen Außenministers Maximos mit Mussolini dürfte an der Sachlage nichts mehr geändert haben, wenn auch Maximos wahrscheinlich versichert haben wird, daß Griechenland an seinem Freundschaftsvertrag mit Italien ausdrücklich festhalten werde. Der Balkanpakt wird natürlich die Anerkennung der Grenzen der beteiligten Staaten gegenüber benachbarten nicht beteiligten Staaten nicht betreffen, so etwa die italienisch-südbulgarische Grenze oder die Grenzen Ungarns.

Die kleine Entente verlagert sich

Prag, 5. Januar. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Außenministern der kleinen Entente wurde die für die nächste Woche in Agrar vorgesehene Sitzung des Rändigen Rates der kleinen Entente vertagt. Die Sitzung findet erst Ende des Monats statt. Die erste Konferenz des Wirtschaftsrates der kleinen Entente wird am 9. Januar in Prag eröffnet werden.

Ein roher Vater, der Frau und Kinder quälte, wandert ins Gefängnis

MARCHIVUM

Wannheim, 4. Januar. | Folgte etwa 16.80 (16.75—16.80) Hekt. Kammern-Hoch

Gesamtumschlag 1933 um 417 120 Tonnen größer als im Vorjahr

Der Gesamtschiffumschlag im Berichtsjahr betrug 14 482 Tonnens (im Vorjahr 124 053 Tonnens), gegenüber im Normenjahr 143 084 Tonnens weniger. Rheinischer: Anfahten: Gehränge mit eigener Treibrichst 130, Schleppfähre 920 mit 174 471 Tonnens; Abgang: 108, gegen 10 mit 40 000 Tonnens. Rheinfahrt: Anfahten: Abgang mit eigener Treibrichst 2, Schleppfähre 16 mit 178 Tonnens, Abgang: Schleppfähre 13 mit 778 Tonnens. Auf den Handelsläden entfielen: Anfahten 95 344 Tonnens, Abgang 10 139 Tonnens, Industriezäfen: 27 569 Tonnens, Abgang 22 266 Tonnens, Rheinfahrt: 22 770 Tonnens, Abgang 22 266 Tonnens. Der Umschlag von Hauptschiffen auf Hauptschiff beträgt auf dem Rhein 13 000 Tonnens, auf dem Meer 7022 Tonnens. Auf dem Rheine hat bei der Dampfschiffahrt die Gesellschaft der Rheinschiffe die Regularität der Gehränge von 73 000 Mf. Aktien noch weiter die Gehränge der Stimmzahl der Aktien von 6000 Stimmen und die Auslösung des Rheinfonds von 61 000 Mf. (6-1 der Vergütung aus der vorjährigen Einziehung von 10 000 Mf. Stammschiffen). Eine im Anfahten am 1. April 1908 aufstehendes 10000 Mf. wird vorgeschlagen, das Stammschiffkapital in erleichterter Form weiter von 614 000 Mf. auf 324 000 Mf. zur Auslösung von Verfaßen durch Zusammenlegung der Stammschiffen in Verhältnis 1:1 herabzusetzen und im Zusammenhang hiermit die Stimmzahl der Vorzugsaktien von 20 000 auf 10 000 Stimmen zu ermäßigen.

Die Expeditions- und Umschlagbetriebe

In den Taubstumm-Asylen wurden naturgemäß von den ungeschulten Verhältnissen in der Schiffahrt betroffen. Der Verladebetrieb kam bald auf ein Minimum herab. Nach einem Beschäftigungsgrad von 15-20 v. H. am Anfang des Monats kamen mit der Schiffsabfertigung die Wassergutumschlagbetriebe alsbald zum Erliegen; während es den Vegerhausbetrieben eine Zeitlang noch möglich war, einen Teil des Personals weiter zu beschäftigen, die Brennholzverladungen von Seilen, der feinstenreihenden Feiere wurden auch in der vorletzten Zeit somit völlig unterbrochen; in den letzten 10 Tagen wurden einige Kohlenverladungen auch an Privatumschlagstellen vergeben. Die Getreideankünfte bei den Umschlagstellen blieben hinter denen des Monats und im gleichen Monat des Vorjahres zurück.

